



Als das neue Millennium begann

**CDU-Doku-
mentation
35/1999**

10 Jahre nach dem
9. November 1989 –
Brücken in eine
Ära der Freiheit.

Rede des CDU-Vorsitzenden

Wolfgang Schäuble

CDU

mitten im Leben.



Nur ganz wenigen Generationen ist es vergönnt, eine Jahrtausendwende zu erleben. Wir haben dieses seltene Privileg. Vor eintausend Jahren fürchteten unzählige Menschen in Europa, mit dem Ausklang des ersten Millenniums sei auch das Ende der Welt gekommen. Selbst in der fin de siècle-Stimmung am Ende des 19. Jahrhunderts gewann eine, vielleicht auch typisch deutsche, Kulturkritik breiten Raum, die in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und den großen gesellschaftlichen Veränderungen einen kaum umkehrbaren Werte- und Zivilisationsverfall erblickte.

Heute besteht die Sorge in unserer Wohlstandsgesellschaft darin, dass ältere Computersysteme in der Sylvesternacht streiken könnten, und Untergangspropheten nehmen wir eher amüsiert als wohlfeile Unterhaltung zur Kenntnis.

Auch wer die Weltgeschichte nicht als Heilsgeschichte versteht, muss zugeben, dass wir doch einen enormen Fortschritt gemacht haben, um den Millenniumswechsel zu begehen. Vor allem steht jetzt die Frage nach der Zukunft im Mittelpunkt. Natürlich sind unsere Prognosefähigkeiten begrenzt. In den fünfziger Jahren beispielsweise dachte man, wir würden heute mit Raketenautos fahren – dabei wurde jetzt in Deutschland gerade das Dreiliter-Auto auf den Markt gebracht. Dass umgekehrt heute

viele einen extrem leistungsfähigen PC in der Größe eines Buches besitzen mit Zugang zu dem Wissen der Welt per Telefonkabel – daran hat hingegen keiner gedacht, noch nicht einmal vor 20 Jahren. Vorhersagen, sagte Mark Twain, sind schwierig, insbesondere in Bezug auf die Zukunft.

Wichtiger für uns ist die Frage: Was sind die Brücken, auf denen wir in die neue Zukunft gehen wollen? Brücken, die die Menschen in die Lage versetzen, Freiheit zu leben, ihre Talente und Fähigkeiten zu entfalten, Gemeinschaft zu stiften und Solidarität zu leben, in Frieden und Toleranz miteinander auszukommen?

Es liegt nahe, sich die Ereignisse hier vor zehn Jahren zu vergegenwärtigen. Denn mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 begann eine neue Zukunft: die Ära der Freiheit. Der Abbau der Betonplatten und der brutalen Grenzsperranlagen war die Sternstunde der friedlichen Revolution in der DDR und in Europa. Der Fall der Mauer markiert eine historische Zäsur. Die Revolution war unumkehrbar geworden und das Ende des Kalten Krieges eingeläutet. Es war der frühzeitige Endpunkt eines, wie es der britische Historiker Eric Hobsbawm nannte, „kurzen Jahrhunderts“ vom ersten Weltkrieg bis zu den Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuro-

pa und dem Zerfall der imperialen Sowjetunion.

Nach vierzigjähriger Teilung steht damit die Einheit Deutschlands und die des gesamten Europa am Beginn einer neuen Epoche, eines neuen Jahrhunderts. Das neue Millennium hat schon begonnen.

Es gab ja viele in Ost und West, die die Teilung für unumstößlich gehalten hatten. Das war seltsam unhistorisch und auch anthropologisch unaufgeklärt. Denn die Geschichte der Menschen lehrt nicht zuletzt, dass es immer weiter geht und dass nur der Wandel beständig ist. Veränderungen gehören zur menschlichen Natur, nicht nur biologisch, wie man an der Lebensspanne von der Geburt bis zum Tod feststellen kann. Und die Möglichkeiten zur Veränderung sind auch elementarer Bestandteil der menschlichen Freiheitskonstitution. Unsere Entscheidungen und Handlungen verändern die Welt. Hannah Arendt hat dies die „Natalität“ des Menschen genannt, die Fähigkeit zur Veränderung, zum Neuen, zur Zukunft. Was sich wandelt und wohin, das ist offen und unterliegt menschlichem Eingriff und menschlichem Willen. Aber das ist nicht beliebig. Bei aller Ungewissheit muss man eine feste Vorstellung haben, wohin es gehen soll. Und das war in der Herbstrevolution der Fall. Die Menschen wussten nicht nur, wogegen sie waren, nämlich gegen die

SED- und Stasi-Diktatur, sondern auch wofür, nämlich für Freiheit und Menschenrechte, für Demokratie und staatliche Einheit. Weil ihre Richtung stimmte, hatten sie Erfolg.

Brücken in die Zukunft als Brücken ins Ungewisse, wobei man eine Vorstellung von der Richtung hat. Also Brücken auch als Chance.

Der Jubel war unbeschreiblich in diesen Novembertagen vor zehn Jahren, als die Mauer durchlässig wurde und sich die Menschen in die Arme fielen, ohne Repression und SED-Willkür noch zu fürchten. Nicht nur im Herzen Berlins, auch hier an diesem Ort, der Glienicker Brücke, die nach jahrzehntelanger Sperrung für Normalbürger in den Morgenstunden des 10. November geöffnet wurde.

Wir sollten diese Bilder der Freude und der Offenheit füreinander nie vergessen. Sie bewahren uns die Einsicht in den Wert der Freiheit und die Dankbarkeit für die Veränderungen. Sie halten in uns aber auch den Mut, die Zivilcourage und den Willen zur Veränderung der Menschen damals auf den Straßen und Plätzen fest.

Könnten wir uns, so habe ich geträumt, nicht ein wenig von der Begeisterung für das Neue und dem Aufbruchswillen in die Zukunft anstecken lassen? Unsere aktuellen und kommenden Her-

ausforderungen wären mit Sicherheit leichter zu packen.

Die Erinnerung an den Fall der Mauer hält uns auch davon ab, aktuelle Stimmungslagen im Verhältnis der Deutschen untereinander falsch einzuordnen. Dass wir in den neuen Bundesländern neben allen erfolgreichen Umbau- und Aufbauleistungen eine Reihe von Problemen haben – Arbeitslosigkeit, weiterer Ausbau der Infrastruktur, Erhöhung der Produktivität, Erschließung neuer Märkte, Förderung eines Mittelstandes und einer bürgerlichen Kultur – das ist uns allen klar. Und neben Zufriedenheit gibt es auch Missmut. Aber von einer gewachsenen Mauer in den Köpfen zu sprechen, wird auch dadurch nicht richtiger, dass man es andauernd wiederholt. Ich bin davon überzeugt – und Umfragen belegen dies –, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen auch heute Freiheit und Wiedervereinigung bejaht und keinen Rückschritt in die Vergangenheit der Teilung will. Wir Deutschen sind eine Nation in einem gemeinsamen Staat.

Da gibt es auch keine Bürger zweiter Klasse. Mancher mag es angesichts der unterschiedlichen Lebenslagen so empfinden, aber dem möchte ich sagen: Es gibt keinen Grund dazu. Es gab ein Leben auch vor der Wende und Lebensleistung, Würde. Und keiner ist mit leeren Händen gekommen, beide Seiten haben gleichbe-

rechtigt ihren Teil in das gemeinsame Deutschland eingebracht. Die Westdeutschen eine gewachsene parlamentarische Demokratie und eine leistungsfähige Wirtschaft, die Ostdeutschen die in der deutschen Geschichte einmalige Leistung einer geglückten Freiheitsrevolution und die Fähigkeit, sich in veränderten Verhältnissen zurechtzufinden und zu behaupten. Darin liegt eine große Chance.

Daraus kann eine selbstbewusste Haltung erwachsen und produktive Aufgeschlossenheit gegenüber den Zukunftsaufgaben, die wir nun als gemeinsame zu bewältigen haben. Selbstbewusste, starke Bürger ziehen sich gegenüber den kommenden Anforderungen nicht ängstlich in ihr stilles Kämmerlein zurück, sondern begegnen ihnen mit Zukunftsoffenheit und Zuversicht, mit Neugier und Tatkraft. Und das brauchen wir als persönliche Ressourcen neben mehr Wissen oder Kapital. Auch einen gewissen Optimismus.

Dass die Welt im Argen liege, ist eine Klage, die, wie Kant einmal bemerkte, so alt ist wie die Geschichte. Aber dass dieser Zustand mit Pessimismus zu ändern wäre, das hat bisher noch keiner nachzuweisen vermocht. Optimismus ist auch eine Ressource. Wir sollten sie pflegen und fördern, nicht verkommen lassen.

Natürlich steht angesichts unterschiedlicher Lebenslagen nicht jeder mit gleicher Zuversicht der Zukunft gegenüber. Der Prozess der inneren Einheit und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland dauern länger als erwartet. Übrigens war das nach dem Krieg in der alten Bundesrepublik auch nicht anders. Wohlstand war nicht über Nacht da, sondern Ergebnis einer Aufbauleistung über eine längere Zeit. Auch die Akzeptanz der Demokratie ist erst Stück für Stück gewachsen. Etwas gelassener könnten wir also schon sein, wenn wir wissen: Der Abschied von der Diktatur und das Einrichten in neuen Verhältnissen braucht seine Zeit. Wir sind in Deutschland auf einem guten Weg. Verglichen mit vielen anderen Ländern auf der Welt bewegen wir uns insgesamt auf einem nicht schlechten Wohlstandssockel.

In Hinblick auf unsere Zukunftsfähigkeit ist wichtig, dass wir mehr Brücken bauen zwischen den Bürgern in Ost und West. Wir brauchen ein größeres Verständnis füreinander, für die in vierzig Jahren unterschiedlich gewachsenen Erfahrungen, Lebenseinstellungen und Mentalitäten. Mehr Akzeptanz für Verschiedenheiten. Wer Freiheit will, der will auch eine bunte Gesellschaft.

Gerade wir in Deutschland mit unserem ausgeprägten Föderalismus,

der Unterschiedlichkeit regionaler Kulturen und lokaler Traditionen, wissen doch, dass Vielfalt bereichert, den eigenen Horizont erweitert und Kreativität fördert. Wir alle, aus den alten und aus den neuen Bundesländern, haben deshalb durch die Einheit und die zehn gemeinsamen Jahre gewonnen.

Ich sage das auch in Hinblick auf den Weg, den die Ostdeutschen gegangen sind – von der sozialistischen Diktatur in die parlamentarische Demokratie, von der zentralen Planwirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft. Sich auf schlagartige Veränderungen in fast allen Lebensbereichen einzustellen und diesem schnellen Wandel produktiv zu begegnen, war eine wirklich großartige Leistung. Wir sollten auch sehen, dass wir in ganz Deutschland viel daraus lernen können. Angesichts der einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die sich im Zeichen von Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung vollziehen, werden wir solche Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten benötigen.

Die Glienicker Brücke war eine der bestbewachten Brücken der Welt, und sie ist zu einem Symbol der deutschen Teilung und damit verbundener Inhumanität geworden. Brücken verbinden, und weil dieses damals unmöglich gemacht wurde, ist die Teilung gerade hier so quälend deutlich gewesen. Es war doch

schizophren: Potsdamer konnten in die Ferne zum ungarischen Balaton, vielleicht auch zum Baikalsee in die UdSSR, aber nicht zum nahen Wannensee fahren. Die Glienicker Brücke war zum toten Bauwerk degradiert. Offiziell in der DDR hieß sie „Brücke der Einheit“, aber erst jetzt ist dies ihre Bestimmung geworden. Heute erfüllt sie wieder neue Vitalität:

Für die Berliner und Brandenburger Arbeitspendler ist sie eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen. Wer als Tourist von Berlin nach Potsdam spaziert, kann sehen und erleben, wie viel hier in den letzten Jahren aufgebaut und neugestaltet wurde. Eine über Jahrhunderte geformte und dann durch die Teilung zerschnittene Kulturlandschaft bildet heute wieder eine Gesamtheit. Auch darin wird innere Einheit in Deutschland erlebbar. Deswegen steht die Glienicker Brücke auch als Symbol dafür, dass West- und Ostdeutsche gemeinsam und solidarisch Zukunft gestalten und daran miteinander wachsen.

Diese Brücke hat nicht nur den Austausch von Agenten gesehen, wofür sie ja mit berühmt wurde, sondern auch den Wechsel von Häftlingen und Dissidenten in die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur waren hier direkt greifbar, sichtbar.

Und wir sollten auch nicht vergessen, dass sich hier, an dem Grenz-

strich in der Brückenmitte, die Sowjetunion und die USA direkt gegenüberstanden.

Mitten durch Deutschland verlief die Grenze im kalten Krieg, und hier war sie am gefährlichsten. Aber die Glienicker Brücke steht auch dafür, dass man ungeachtet der ideologischen und militärischen Gegensätze zu Verhandlungen und praktischen Vereinbarungen kommen konnte. Fortschritte in die Zukunft sind manchmal nur zentimeterweise zu erreichen. Man sieht, wie sehr diese Brücke die große und kleine Geschichte Deutschlands widerspiegelt. Die Teilung des Vaterlandes, die Auseinandersetzung von Freiheit und erzwungener Hörigkeit, die militärische Konfrontation zwischen Ost- und West – hier an der Glienicker Brücke war das, was Deutschland und Europa so prägte, hautnah spürbar. Um so mehr können wir uns freuen, dass heute die Einheit Deutschlands und Europas, die freiheitliche parlamentarische Demokratie und ein auf einer soliden Wertegemeinschaft beruhendes militärisches Bündnis die Menschen verbindet. Und wenn wir jetzt aktuell darüber streiten, dass die Glienicker Brücke zu niedrig für Schiffe der Euro-Norm ist, dann kann ich nur sagen: ich bin froh darüber, dass wir jetzt solche Probleme haben.

Bedenkt man die Entstehung des Bauwerks wird einem auch die historische Dimension deutlich: Die

Brücke, 1834 eingeweiht und 1907 erneuert, verbindet das alte Jahrhundert mit dem unsrigen und, jetzt wieder, mit der Zukunft. Deswegen ist hier ein guter Ort, um nicht nur über die Erinnerung an Teilung, friedliche Revolution und staatliche wie innere Einheit Bezugspunkte unserer Zukunftsfähigkeit zu markieren, sondern es gilt ebenso, nach den Erfahrungen dieses Jahrhunderts zu fragen, um zu sehen, woraus wir die Zukunft gestalten können. Diesen Bereich zu erkunden, ist wichtig, weil in diesem Jahrhundert mit seinen Zerklüftungen und Brüchen die Fähigkeit, die Gegenwartserfahrung mit derjenigen früherer Generationen zu verbinden, immer wieder zerstört worden ist. Daraus resultiert, was der Althistoriker Christian Meier als „Herkunftsschwäche“ der Deutschen bezeichnet hat.

Deswegen gilt: Wer Brücken in die Zukunft bauen will, muss sich zuallererst der Brücken in die Vergangenheit vergewissern. Wer nicht aus seiner Geschichte lernt – wie will der für die Zukunft lernen?

Wer nicht bereit ist, Lehren zu ziehen, wie will der für die neuen Erfordernisse und Herausforderungen gewappnet sein? Voraussicht ist, wie Sören Kierkegaard in sein Tagebuch schrieb, eigentlich der Blick zurück.

Es macht deshalb Sinn, an die Geschichte des 9. November zu erin-

nern, ein Datum, das wie wenige andere die Dimension von Wechsel und Veränderung kenntlich macht, die für die Deutschen in diesem Jahrhundert so prägend war. Das 20. Jahrhundert ist charakterisiert durch radikal vollzogene Umbrüche. Der 9. November 1918 steht für den Wechsel von Monarchie zur Demokratie durch die Ausrufung der neuen Republik, die, wie bereits der Hitlerputsch am 9. November 1923 beweist, immer unter einer fundamentalen Herausforderung und Gefährdung stand. Die Reichspogromnacht 1938 zeigte, wie kurz der Weg vom „Mitemensch“ zum „Unmensch“ sein kann, wie dünn der Firnis der Zivilisation auch in unserem Jahrhundert ist. Auschwitz war und bleibt das Menetekel. Der 9. November 1989 schließlich, leitete das Ende der zweiten deutschen Diktatur unter kommunistischem Vorzeichen ein, die noch bis zum Schluss Opfer an der Mauer gekostet hat. Er steht symbolisch für die einzige geglückte Revolution in Deutschland, friedlich und freiheitlich. Die vielen politischen Umbrüche, die von eben solchen in Wirtschaft und Gesellschaft begleitet waren, erklären vielleicht, warum für die Menschen in Deutschland Sicherheit so wichtig ist und sie an gewohnten Dingen festhalten möchten. Wer für Zukunftsgestaltung in unserem Land verantwortlich ist, muss darum wissen: Reformen kann man nicht gegen Menschen machen,

sondern immer nur mit ihnen. Es bedarf der Erklärung und des Werbens, des Fragens und Zuhörens. Deswegen ist Kommunikationsfähigkeit so wichtig, und dazu gehört Vertrauen, und es stimmt traurig, wenn man sieht, wie leichtfertig das von manchen in der Politik heute aufs Spiel gesetzt wird. Vor allem aber weisen die Umbrüche darauf hin, wie wichtig feste Grundsätze – Menschenwürde und Menschenrechte – und feste Wertefundamente sind. Ohne diese bleibt die Entwicklung richtungslos oder wird von den Kräften ausgenutzt, die in ihrer extremistischen Gesinnung Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung den Todesstoß geben und unzivilisierter Barbarei Tür und Tor öffnen.

Was sind die Grunderfahrungen unseres Jahrhunderts? Lassen Sie mich vier herausheben: Das Jahrhundert der Kriege, der Ideologien, der sozialen Frage und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

DIE ERSTE GRUNDERFAHRUNG ist die des Krieges. George Kennan hat den 1. Weltkrieg die „Urkatastrophe“ dieses Jahrhunderts genannt, auf den ein noch schrecklicherer 2. Weltkrieg gefolgt ist. Kein Zeitalter zuvor hat solch große und schreckliche Kriege geführt, in denen so viele Städte und Infrastrukturen zerstört wurden. Noch nie sind so viele Menschen als Soldaten wie als Zivilisten

gefallen, erschien der Tod sinnloser – von Verdun bis Stalingrad –, Flucht und Vertreibung in einem Ausmaß wie nie zuvor. Die Brücke von Remagen ist uns bis heute ein Symbol geblieben für die Zerstörungen und Sinnlosigkeiten eines 20. Jahrhunderts, das so viele Brücken im Materiellen wie im Geistigen abgebrochen hat.

Der Mensch des 20. Jahrhunderts ist ein unbehauster Mensch geworden, und eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts besteht darin, ihm wieder eine Heimat zu geben, indem er auf dauerhaften Frieden bauen kann.

Für uns war die europäische Einigung eine zentrale Antwort auf die Gewaltexplosionen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Der Weiterbau der Europäischen Union bleibt eine Frage von Krieg und Frieden. Die Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa hatten nicht nur die Bedingungen dafür geschaffen, zukünftig selbst „in der Wahrheit zu leben“, wie Vaclav Havel gesagt hat, sondern auch dafür, nun gemeinsam ein gesamteuropäisches Haus zu bewohnen. Es kommt jetzt darauf an, die Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union zu reformieren, die Ebenen der Verantwortlichkeit gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen und neben der Vertiefung die Bedingung für die Erweiterung zu schaffen. Dazu gehört auch eine Stärkung des europäischen Arms der kollektiven Sicher-

heit, ohne unsere transatlantische Partnerschaft zu vernachlässigen, ja gerade um sie zu stärken. Und ebenso müssen wir künftig eine viel stärkere Krisenprävention betreiben, um sich anbahnende Konflikte mit friedlichen Mitteln auf den Weg einer Einigung oder eines Kompromisses zu bringen. Die Globalisierung führt nicht nur zu neuem Wohlstand und schrankenloser Kommunikation, sondern auch zu weltweiter Verantwortung. Und das führt auch dazu, die Geltung von Menschenrechten bei anderen Staaten und Völkern zu fördern, nicht schulmeisterlich, sondern mit der Macht der Überzeugung und der Anpassung der Menschenrechte an unterschiedliche Traditionen und kulturelle Ausprägungen. Vielleicht erreichen wir ja, dass sich die Menschen zunehmend auch als Weltbürger im Kantschen Sinn verstehen und sich auf ein Grundzüge eines gemeinsamen Weltethos verständigen. Wenn das 21. Jahrhundert kein Krieg der Staaten, kein Krieg der Kulturen werden soll, dann bleibt die Sicherung und Gestaltung des Friedens durch Verständnis und Verständigung zwischen Bürgern und Völkern zentrale Aufgabe.

Und wenn eine Weltbevölkerung von 6 Milliarden Menschen und im neuen Jahrhundert 10 Milliarden und mehr die Ressourcen nicht erschöpfen und die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu wenig berechenbaren

Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann müssen wir Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt.

Auch das heißt Globalisierung, Globalisierung von Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Soziale Marktwirtschaft ist die sozial gerechteste und effizienteste Ordnung. Sie ist von Nutzen für die eine Welt, auch in ihrer ökologischen Dimension, um allen eine Chance auf Teilhabe zu bieten. Das ist der Weg in das 21. Jahrhundert, bei den WTO-Verhandlungen, bei Klimaschutzkonferenzen, in der Stärkung der Vereinten Nationen genauso wie etwa der Nichtregierungsorganisationen bei der Entwicklungspolitik.

Die Neue Soziale Marktwirtschaft muss die Prinzipien von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit in globalen Dimensionen wie globalem Wettbewerb sichern.

Eine Riesenherausforderung. Aber als ich den Film über die Bauarbeiten an der gigantischen Öresundbrücke, 16 km lang, gesehen habe, dachte ich: eine Menschheit, die solche Brücken bauen kann, hat Grund zur Zuversicht.

DIE ZWEITE GRUNDERFAHRUNG ist die der Ideologien. Die Aufklärung hatte zwei großartige Gedanken freigesetzt, den von Menschenrechten, Volkssouveränität und Demokratie

sowie den großen Glauben an den menschlichen Fortschritt. Der letzte mutierte im 20. Jahrhundert zu einem Machbarkeitswahn, nach dem alle gesellschaftlichen Verhältnisse technokratisch, ja fast beliebig zu ändern seien. Und der erste Gedanke pervertierte zu der Vorstellung, dass es nur eine Wahrheit gäbe, die für eine avantgardistischen Parteielite oder einen Führer erkennbar und dann in Form alleiniger Herrschaft gesellschaftlich umzusetzen sei. Beide Gedanken, zutiefst inhuman, prägten Nationalsozialismus wie Kommunismus. Sie zogen allzu viele in ihren totalitären Bann. Zu verlockend schien der Gedanke, die neue Rasse oder das Glück der Gesellschaft ließe sich vom Reißbrett der Denkschule auf das menschliche Leben, auf die Wirklichkeit der Gesellschaft übertragen. Biologistischer Rassenwahn und kommunistischer Geschichtsdeterminismus hatten, auch wenn sie wegen unterschiedlicher Begründung und Ausprägung nicht gleichzusetzen sind, eine gemeinsame grausame Folge: Vertreibung, Ermordung und Vernichtung von Millionen Menschen. Der rassistische Genozid und der soziale Klassengenozid, wenn man das so verkürzt bezeichnen kann, bildeten den Tiefpunkt an Dehumanisierung und Dezivilisierung. Das Misstrauen gegen die eigenen Bürger, ihre Überwachung und Bespitzelung war das, was am Ende von dem Traum einer

neuen Rasse, eines neuen Menschen übrig blieb. Heute, wo wir nach einem Wort des französischen Historikers Furet das „Ende der Illusionen“ erreicht haben, können wir nicht nur aufatmen. Wir müssen auch Vorkehrungen treffen, dass das 21. Jahrhundert nicht wieder in solche Barbarei verfällt und mit anderen Vorzeichen den Fehler wiederholt, neuerlich Gesellschaftsentwürfe mit absolutem Wahrheitsanspruch zu kreieren.

Das Misstrauen gegen die eigenen Bürger, das erinnert mich an die hochgezogene Brücke mittelalterlicher Burgen. Herabgelassene Ziehbrücken, Offenheit ist unser Weg im neuen Millennium, Vertrauen und Toleranz.

Das heißt: Nach all den skeptisch stimmenden Erfahrungen im 20. Jahrhundert werden wir nun ohne die Zauberkraft eschatologisch gestimmter Zukunftsutopien zu leben haben. Die Aufklärung hatte ja Religion und Politik, oder, wie es Christian Graf von Krockow nannte, das „Letzte vom Vorletzten“ getrennt. Politik ist seitdem rein weltlich und kann nicht mehr auf eine übergeordnete Wahrheit, eine transzendente Begründung, zurückgreifen. Freiheitliche Demokratie gründet sich darauf, dass die Bürger sich über die Grundsätze des politischen und gesellschaftlichen Miteinanders verständigen. Die Stelle politischer

Macht, die früher Monarchen kraft göttlicher Gesetzes einnahmen, muss in der Demokratie leer bleiben: es gibt keinen objektiven Herrscher, sondern allenfalls Herrschaft auf Zeit. Die Geltungskraft demokratischer Legitimität muss aber immer wieder neu als freiheitlicher Grundkonsens hergestellt werden. Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, wie prekär das ist. Viele Menschen haben, wie Erich Fromm das nannte, „Angst vor der Freiheit“ und sind dadurch verführbar. Sie scheinen eine tiefe Sehnsucht nach einer sichtbaren Verkörperung weltlicher politischer Macht, nach vorgegebener Wahrheit und Objektivität, nach Führertum und avantgardistischer Partei zu besitzen. Die totalitären Ideologien haben diese Leerstelle der Macht besetzt – mit all den brutalen, blutigen, menschenverachtenden Folgen.

Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ist dieses vielleicht die größte Herausforderung für das 21. Jahrhundert: dass die Menschen lernen, ungeachtet der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse den Versuchungen des Absoluten nicht wieder, in keiner Weise nachzugeben.

Also geht es darum, konsequent für die „offene Gesellschaft“ – so nannte es Karl Popper – einzutreten. Und das kann nur eine lernende Gesellschaft sein, die sich immer wieder bemüht, ihren freiheitlichen Grund-

konsens zu erneuern und auf die ständig neuen Herausforderungen mit Vernunft und Sachangemessenheit zu reagieren. Freiheit und Demokratie, das zeigt sich, braucht wirklich starke Bürger – Bürger, die mit der Einsicht umgehen können, dass sie es nicht besser wissen als andere, die aber gerade darum das Gespräch, die Diskussion suchen und für grundsätzliche Offenheit des Politischen eintreten. Soll das gelingen, braucht es haltgebender Institutionen.

Deswegen kommt es auf die Stärkung der Demokratie an. Dazu gehört das, was als Quintessenz unserer Jahrhundert Erfahrung das Grundgesetz im Artikel 1 in die Worte gefasst hat: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das bleibt, zusammen mit den unveräußerlichen Menschenrechten und dem antitotalitären Grundkonsens, der zentrale Leitgedanke für das 21. Jahrhundert. Das Festhalten an diesem Anspruch garantiert Zukunftsoffenheit.

Wir wollen auch an der repräsentativen Demokratie festhalten, an ihren Regeln und Institutionen. Sie haben sich bewährt. Ohne einen festen Punkt, an dem die unterschiedlichen Willensbildungen und Interessen zusammengeführt, im Sinne eines Gemeinwohls geprüft und dann nach der Abwägung verbindlich entschieden werden, wird Demokratie nicht funktionieren. Parlament und Regie-

rung werden auch in den kommenden Jahrzehnten Forum der Nation und Entscheidungszentrum unserer Demokratie bleiben. Auch eine Computer- und Internet-Demokratie, wie sie aktuell vorgeschlagen wird, kann diesen komplexen Prozess gemeinwohlorientierter Urteilsbildung nicht ersetzen.

Über manches müssen wir nachdenken, um unsere Demokratie zukunftstauglich zu halten.

Dazu gehört, dass wir unsere Ansprüche an das Gemeinwesen überprüfen. In den letzten Jahrzehnten hat sich immer mehr die Haltung entwickelt, Leistungen zuallererst vom Staat zu erwarten und zu fordern.

Angesichts engerer finanzieller Spielräume werden wir uns das nicht länger leisten können. Es ist auch gar nicht sinnvoll. Denn dadurch werden die Kräfte des Einzelnen und der Gesellschaft deaktiviert. Der umgekehrte Weg ist richtig. Was kann der Einzelne leisten, was die verschiedenen Gemeinschaften der Gesellschaft, was die Allgemeinheit. Dies erst führt dazu, dass die Bürgerschaft die eigenen, oft brach liegenden Potenzen entfaltet. Starke Bürger können sich in ihren Ansprüchen bescheiden, weil sie um ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten wissen und diese auch einsetzen.

Zur Zukunftstauglichkeit gehört die Klärung, welcher Ebene unserer fö-

deralen, bundesstaatlichen Ordnung wir welche Entscheidungskompetenzen zuordnen. Verantwortungen müssen klarer zugeschrieben werden. Der Staat muss wieder überschaubar werden. Wer weiß denn heute noch, wer oder welche Institution für bestimmte Dinge zuständig ist? Wer trägt die Verantwortung in einem nicht mehr zu durchschauenden Wirrwarr der Regelungen? Wo die Verantwortung nicht klar definiert ist, da kann man auch von den Bürgern nicht erwarten, dass sie die Verantwortung selbst übernehmen.

Ich kann mir auch vorstellen, dass, wenn wir im Grundsatz am Solidaritätsprinzip im Bund-Länder-Finanzausgleich festhalten, wir auch mehr Wettbewerbselemente zwischen den Ländern einführen können. Das kann durchaus innovativ sein.

Vor allem aber müssen wir die kleinen Einheiten stärken, die Kommunen. Sie brauchen mehr Handlungsvollmachten, mehr Dispositionsfreiheiten und Gestaltungsräume. Das gilt nicht nur für den Bereich der Erneuerung der Verwaltung nach den Kriterien von Effizienz, Effektivität und „Kundennähe“. Eine bürgerorientierte Gemeinde bietet ihren Mitgliedern ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der Planung, der Schulen, der sozialen Einrichtungen. Es gibt eine Reihe von Gemeinden, die sich in Deutschland

– und übrigens auch in Europa und auf anderen Kontinenten – bereits auf den Reformweg gemacht haben. Wer sich das einmal anschaut, der wird erstaunt sein, was sich da bereits alles an Reform- und Erneuerungspotentialen jenseits zentralstaatlicher Regelungen gebildet hat. Das hat Zukunft. Subsidiarität auf diese Weise ernst genommen wird nicht nur einen höheren Grad an Freiheit und Mitbestimmung bringen, sondern auch eine größere Verantwortungsübernahme und Zufriedenheit der Bürger.

Das nationalsozialistische und das kommunistische Experiment sind zu Recht gescheitert. Unsere freiheitliche Demokratie erscheint konkurrenzlos. Aber auch sie kann scheitern, nicht nur unter dem Druck neuer Fundamentalismen oder extremistischer Kräfte. Heute hat die Krise der Demokratie eher den geräuschlosen Charakter einer schleichenden Auszehrung: wachsende Distanz von Wählern oder Gleichgültigkeiten gegenüber dem Gemeinwohl, abnehmende Bindungen und die Erosion von Gemeinschaften, Vertrauensabnahme gegenüber den Institutionen der Demokratie. Da müssen wir neu aufpassen. Die Aufgabe des 21. Jahrhunderts besteht darin, einen starken Staat mit starken Bürgern in eine kreative Balance zu bringen.

Dazu gehört auch, das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern zu über-

prüfen. Dass der Staat auch in der Zukunft für Ordnung, für Sicherheit und die Einhaltung der Spielregeln unseres Gemeinwesens sorgen muss, ist klar. Da muss er ein starker Staat bleiben. Aber er muss nicht alles paternalistisch selber machen, alles zentral und bürokratisch regeln und bestimmen. Die Aufgabe der Politik kann nicht darin bestehen, den Bürgern einen festgefügtten, einheitlichen, monolithischen Lebensentwurf überzustülpen.

Es geht darum, dass sie selbst in freierem Maß ihre Lebensentwürfe wählen und ihre Umwelt gestalten können. Eine aktive Bürgergesellschaft, das ist unser Ziel.

Wer sich engagiert – das ist übrigens ein alter republikanischer Grundsatz, den man schon in den Schriften Ciceros finden kann –, der versteht die politischen Prozesse erheblich besser, entwickelt einen größeren Gemeinsinn und fühlt sich für sein Vaterland verantwortlich. Deswegen brauchen wir in der Zukunft mehr Teilhabe. Den Ordnungsrahmen dafür bereitzustellen und zur Teilhabe anzuregen, das wird eine wichtige Aufgabe des Staates sein. Vielfältige Formen fördern, in denen sich Menschen engagieren und Teilhabe leben: in Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen, in Planungszellen und Zukunftswerkstätten, im Ehrenamt und all den vielfältigen Formen freiwilliger Tätigkeit. Der starke Staat

behält seine Verantwortung, definiert sie aber in zukunftsfähiger Weise neu und wird neben den klassischen Obliegenheiten, Prozesse in Gang setzen, Menschen zur Teilhabe ermutigen und Strukturen aufzubauen, die Engagement stützen.

Deshalb müssen wir uns von hierarchischen Strukturen und altem zentralistischen Denken trennen. Netzwerke funktionieren um so besser, je stärker die einzelnen Bürger sind, je mehr sie in Eigenverantwortung regeln können. Wir vertrauen zuerst auf die Menschen, nicht auf Apparate. Was anonym und undurchschaubar ist, für das trägt auch keiner Verantwortung. Wenn der Staat, unser Gemeinwesen, auf allen Ebenen wieder als das gemeinsame Projekt aller Bürger verstanden werden soll, müssen wir dafür sorgen, dass der Staat wieder transparent wird, dass er Aufgaben abgibt, damit die Bürger mehr Bereiche eigenverantwortlich gestalten können.

DIE DRITTE GRUNDERFAHRUNG ist die der Lösung der sozialen Frage. Die Industrialisierung mit ihren neuen Produktionsformen hatte im 19. Jahrhundert die alten sozialen Bindungen gelöst. Die gewohnten sozialen Versorgungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Alter zerbrachen. Wachsendem Reichtum stand zunehmende Verarmung, Verelendung gegenüber. Diesen großen Widerspruch, und das ist wirklich

eine Leistung, hat das 20. Jahrhundert gelöst, durch die neuen Systeme der soziale Sicherheit, durch Mitbestimmung und soziale Teilhabe. Wie wichtig den Menschen angesichts der Risiken in der Industriegesellschaft diese soziale Sicherung geworden ist, lässt sich daran ablesen, dass der Sozialstaat alle politischen Systemwechsel dieses Jahrhunderts überdauert hat. Er ist Ausdruck von Gerechtigkeit und Solidarität. Die Bereitschaft zu teilen brauchen wir auch in Zukunft.

Doch wir wissen auch, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss. Wir stoßen an finanzielle Grenzen. Die demographische Entwicklung erfordert Korrekturen

Der Sozialstaat war die Antwort auf die Entwicklung der Industriegesellschaft. Was aber ist, wenn sich die Wirtschaft ändert, der Wettbewerb weltweit wird, der Dienstleistungssektor ansteigt, neue Produktionsformen mit anderen Erfordernissen als bisher entstehen, sich eine Wissensgesellschaft herausbildet? Die moderne Arbeitsgesellschaft wandelt sich, Flexibilität in den Arbeitszeiten, häufigere Berufswechsel, erzwungene und freiwillige Auszeiten von der Arbeitslosigkeit bis zum Sabbatjahr, vermehrter Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung, sind Stichworte.

Der Wandel der Arbeitswelt erfordert auch den Wandel des Sozial-

staats. Zukunftsfähig wird unser Sozialstaat dann, wenn er eine größere Flexibilität in den Strukturen besitzt und eine Vielfalt der Lösungen aufweist.

Das bedeutet mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Freiräume, fließende Übergänge zwischen sozialer Sicherung und Arbeitswelt. Wir werden nicht umhin kommen, uns wieder neu zu verständigen über die Quantität und die Qualität der sozialen Güter, und auch darüber, was gemeinschaftlich und was individuell zu tragen ist, welche Bereiche individueller Vorsorge und welche solidarischer Fürsorge obliegen sollen.

Vor allem brauchen wir ein neues Denken – ein Denken, das weniger auf Absicherung als auf Ermöglichung, auf Chancen, zielt, ein Denken, das auf Brückenbauen gerichtet ist. Sozialhilfe zu zahlen ist richtig – vorausschauend ist, nach Möglichkeiten neuer Beschäftigung zu suchen. Familien finanziell zu unterstützen ist wichtig – weiter voran kommt man, wenn man bessere Vereinbarkeiten von Familie und Beruf schafft und die Akzeptanz für Kinder und Familien in unserer Gesellschaft fördert. Arbeitslosengeld zu zahlen ist notwendig – auf Dauer sinnvoller ist, Arbeitslose fit zu machen für neue Tätigkeitsfelder. Den Anspruch der älteren Mitbürgern auf eine solide Rente zu sichern, ist grundlegender Bestandteil der Generationenso-

lidarität – sie stärker in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen und den dritten Lebensabschnitt als Zeit aktiver Teilhabe und Engagements zu begreifen – nicht zuletzt im Ehrenamt – eine Chance für die ganze Gesellschaft:

Das ist fairer Ausgleich und Miteinander der Generationen, und dafür bauen wir Brücken. Durch eine Reform der Alterssicherung, die nicht kurzfristig manipuliert, sondern langfristig Verlässlichkeit bietet.

Solidarische Grundsicherung und mehr Freiraum für Eigenvorsorge, eine Stärkung der Familie, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen, mehr Entscheidungsmöglichkeiten, Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben zum Ruhestand statt generelle Vorverlegung des gesetzlichen Ruhestandsalters bei steigender Lebenserwartung. Das nutzt übrigens auch den Schatz der Lebenserfahrung Älterer für die Dynamik der Jungen.

Neues Denken ist nicht nur auf das Materiell-Quantitative, auf Geld, Einkommen, Sozialtransfers gerichtet. Der Staat muss nicht für alles eine zentralistische Regelung finden, sondern einen Ordnungsrahmen schaffen für Bereiche der sozialen Sicherung und sozialen Teilhabe, den die Bürger selbst nach ihren Bedürfnissen, Vorstellungen und Handlungsmöglichkeiten ausfüllen können. Das

stärkt die Selbständigkeit und die Bereitschaft vieler Menschen, sich zu engagieren und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Die alte soziale Frage bestand darin, Ausbeutung von Menschen zu verhindern. Die dazu gefundenen Lösungen bleiben gültig, von den sozialen Sicherungssystemen über die betriebliche Mitbestimmung bis zum Vermögen in Arbeitnehmerhand. Aber zukunftsfähig werden wir nur, wenn wir ein neues Verhältnis von Freiheit und Solidarität, von Leistung und Fürsorge, von staatlicher Regelung und subsidiärer Verantwortung finden.

Die neue soziale Frage, das ist vor allem „Arbeit für alle“, Teilhabe, jeder wird gebraucht, keiner wird ausgegrenzt. Bei Ludwig Erhard war es noch „Wohlstand für alle“, das bleibt wichtig. Aber dringender noch ist heute Beschäftigung für alle, und das wird die Neue Soziale Marktwirtschaft leisten müssen.

Neue Beschäftigungsfelder, vor allem Dienstleistungen, differenzierte Entgeltstrukturen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bessere Übergänge zwischen Arbeits- und Transfereinkommen, Kombilohn, Zusammenlegung und Dezentralisierung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, so bauen wir neue Brücken für faire Chancen auf Arbeit.

Wir wollen mehr Freiräume für private Vorsorge und Eigenverantwortung,

statt Delegieren auf den Staat, die sozialen Potenzen der Gesellschaft aktivieren und neue Balancen zwischen Professionalität und Ehrenamtlichkeit herstellen, faire Chancen für alle ermöglichen.

Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der jeder seinen Platz findet, Verantwortung für den Nächsten selbstverständlich ist, in der Leistungswille nicht mit Rücksichtslosigkeit verwechselt wird; und für eine Gesellschaft, in der alle am selben Strang ziehen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen – weil wir nur miteinander und nicht gegeneinander vorwärtskommen.

DIE VIERTE GRUNDERFAHRUNG unseres Jahrhunderts besteht in der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik, die in einem früher nicht gekannten Ausmaß unser Leben bestimmen. Wissenschaftliche Dynamik und technische Umsetzung haben zu dem beständig schnellen Wandel in unserer Gesellschaft geführt. Wir können heute nicht mehr den ungebremsen Fortschrittsoptimismus des 18. und 19. Jahrhunderts teilen. Nicht erst seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wissen wir auch um die negativen Seiten technischen Fortschritts. Von den verheerenden Material- und Vernichtungsschlachten der Weltkriege bis zu den ökologischen Folgen unserer Produktionsweisen spannt sich ein weiter

Bogen. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wird ambivalent empfunden. Und doch ist es auch die Grunderfahrung des Jahrhunderts, dass Wissenschaft und Technik in einem ungeheuren Maß die Lebensmöglichkeiten erweitert haben. Beide haben einen Wohlstand für breite Schichten ermöglicht, der den früheren Armuts-gesellschaften wie ein Paradies erschiene wäre, und beide haben in vielfältiger Weise die Mühsal und Plackerei des Lebens in einer Weise erleichtert, die Menschen noch im letzten Jahrhundert, ja vor wenigen Jahrzehnten kaum vorstellbar erschienen. Angesichts der rasanten Vermehrung von Wissen und Informationen und der umwälzenden Fortschritte etwa in den Naturwissenschaften, der Kommunikationstechnologie, der Medizin reicht eine Haltung traditioneller Wissensaneignung nicht mehr aus. Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft, nicht nur im Verzicht auf allmächtige Besserwisserei, sondern auch in der Fähigkeit, Neues aufzunehmen. Grundwissen und die Fähigkeit, Informationen aufzusuchen, zu filtern und zu verwerten, kreativ zu vernetzen.

Auch dieser Trend kann manchen ausgrenzen, und deshalb wollen wir Brücken bauen für eine faire Teilhabe am Wissen. Und das setzt ein Bildungs- und Ausbildungssystem voraus, das dem gewachsen ist. Deswegen müssen wir unser

tradiertes Bildungs- und Ausbildungssystem reformieren.

Wir brauchen eine Revision der Lerninhalte, Schulen, in denen die Arbeit mit moderner Technik selbstverständlich ist, Universitäten, die auf die neuen Anforderungen von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet sind. Das Schaffen neuer Berufsbilder und Differenzierungen in den Ausbildungsmöglichkeiten gehört dazu. Auch hier wollen wir mehr Eigenständigkeit der kleinen Gemeinschaften, der Schulen, Hochschulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen. Mehr Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und Hochschulen wird alte Verkrustungen aufbrechen. Wir wollen Begabungen stärker fördern, also stärker differenzieren. Unser Ziel ist eine lernende Gesellschaft, an der alle teilhaben können, in der jeder Chancen besitzt, jeder seinen Platz und sein Auskommen findet. Jeder soll seine Begabungen und Talente entfalten, jeder das Beste aus sich machen können. Schwächere wie Leistungsstärkere sollen auf die ihnen gemäße Weise mehr gefördert, aber auch mehr gefordert werden, Eliten haben mehr Verpflichtung als Privileg, werden aber auf alle Fälle gebraucht.

Bildung in einem umfassenden Sinn bleibt wichtig. Martin Luther ist der Frage nachgegangen, wie die Menschen selig werden könnten. Sie müssten, das war seine Antwort, in

drei Hinsichten gebildet sein: erstens in dem, was sie tun und lassen sollen, zweitens darin, wo sie dafür Kräfte finden und drittens, wie sie ihre Kräfte finden können. Die Antwort gilt auch für uns, wenn wir danach fragen, wie wir junge Menschen lebensstauglich für das kommende Jahrhundert machen können. Fragen der Ethik und der Werte, der Einübung in Vernunft, Verständigung und Verantwortung, der Ermutigung und Ausbildung eigener Motivationsquellen, soziales Lernen und Kommunikationsfähigkeit, die Leistungen der eigenen Kultur und Offenheit für andere Kulturen, das gehört alles dazu.

Die Familie ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die Ausbildung und Einübung von Werthaltungen und Überzeugungen. Kinder und Jugendliche brauchen ein Zuhause, sie brauchen Liebe und Zuwendung, sie brauchen Vorbilder und Orientierungsmöglichkeiten.

So können sie die Werte ausbilden, die sie brauchen, um selbständig zu urteilen und zu entscheiden, um Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln. Mit unserer Familienpolitik wollen wir deshalb die Freiräume und die Rahmenbedingungen schaffen, die den Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der Bürger entsprechen und die die Vielfalt familiärer Lebensweisen aufnimmt.

Dazu gehören faire Partnerschaften zwischen Mann und Frau, für die wir Brücken bauen. Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit durch bessere Rahmenbedingungen in Schule und Kindergarten, Weiterbildungsmöglichkeiten, Teilzeitarbeit und Ladenöffnungszeiten, Wahlfreiheit etwa auch durch bessere Berücksichtigung der Familien im Generationenvertrag der Alterssicherung, Förderung von Nachbarschaften, Netzwerken in Stadtplanung und Kommunalpolitik, um nur wenige Stichworte zu nennen.

1967 war der erste Mensch auf dem Mond. Das war bedeutsam, weil der Mensch den Schritt in das Weltall getan hat. Seitdem haben wir uns an das Bild von der blauweißen Kugel als unserer Heimat gewöhnt. Mehr als vieles andere hat uns das bewusst gemacht, dass wir eine Verantwortung tragen, die global geworden ist, und es hat uns die Endlichkeit unseres Planeten näher gebracht.

Begrenztheit von Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen, auch das hängt mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik zusammen, positiv wie negativ. Wir bauen Brücken für einen fairen Ausgleich von Mensch, Natur und Technik, regional etwa zwischen Verkehrsplanung und Landschaftsschutz oder Landwirtschaft und Naturschutz; aber auch global durch Reduzierung von Ressourcenver-

brauch und Emissionen, Nachhaltigkeit, Verantwortung für kommende Generationen.

Auch die lernende Gesellschaft darf nicht dem Machbarkeitswahn verfallen. Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Je größer das Wissen scheint, um so mehr brauchen wir Ehrfurcht vor dem Leben. Auch ohne Grenzen hält es der Mensch nicht aus, aber nicht Grenzen aus Mauer und Stacheldraht, sondern aus freier Verantwortung und Demut. Deshalb haben Werte bei uns Zukunft.

Nach Leopold von Ranke steht jede Epoche „unmittelbar zu Gott“, hat ihren eigenen Wert „nicht aus dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst“. Nach all dem barbarischen Schrecken unseres Jahrhunderts wird man eher skeptisch. Aber so wie der Menschen lernen kann, so kann er hoffen. Je mehr wir um unsere Grenzen wissen, um so mehr können wir Neues wagen. Erfahrung ist die Basis, und Werte geben Orientierung.

Meine Heimat ist im Schwarzwald, da wo die Schwarzwaldbahn richtig anfängt. Tunnels und Brücken sind fortlaufend aneinandergereiht, und man wechselt auf der Fahrt vom Dunkeln ins Helle. Vielleicht ein Bild für den Jahrhundertwechsel.

Wir wollen Brücken bauen ins Offene, Chancen nutzen für eine Ära der Freiheit. Wenn alle daran

teilhaben können, wenn wir Brücken bauen für ein besseres Verständnis zwischen Ost und West, für faire Teilhabe am Wissen, für Chancen auf Arbeit, für Partnerschaft zwischen Mann und Frau, für einen Ausgleich der Generationen, für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt, für einen Ausgleich von Mensch, Natur und Technik, dann stimmt die Richtung.

Darauf gründet Vertrauen, und das ist Mitte, neue wie alte.

Das ist unser Verständnis, wenn wir in unserem Zukunftsprogramm und in den Erfurter Leitsätzen davon sprechen, die modernste Gesellschaft schaffen zu wollen. Das sind die Brücken in eine Ära der Freiheit – wer das mit uns will, sagt Ja zu einer Gesellschaft, die den Bürgern mehr Wahlmöglichkeiten bietet, die vielfältige Chancen eröffnet, die Leistung und Innovation prämiert. Der sagt aber zugleich auch Ja zur Solidarität mit anderen, fördert Benachteiligte, entwickelt Toleranz und Gemeinsinn und übernimmt selbständig Verantwortung für andere Bürger, für Gemeinschaften, für das Gemeinwohl. Und der sagt Ja zu einer klaren Richtungsbestimmung, zu Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit.

Unsere Zukunft liegt in der Freiheit, als Teilhabe-, als Chancen- und als Verantwortungsgemeinschaft – nichts anderes heißt: Mitten im Leben.

Die Glienicker Brücke

Diese Brücke hat nicht nur den Austausch von Agenten gesehen, wofür sie ja mit berühmt wurde, sondern auch den Wechsel von Häftlingen und Dissidenten in die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur waren hier direkt greifbar, sichtbar.

Und wir sollten auch nicht vergessen, dass sich hier, an dem Grenzstrich in der Brückenmitte, die Sowjetunion und die USA direkt gegenüberstanden.

Mitten durch Deutschland verlief die Grenze im kalten Krieg, und hier war sie am gefährlichsten. Aber die Glienicker Brücke steht auch dafür, dass man ungeachtet der ideologischen und militärischen Gegensätze zu Verhandlungen und praktischen Vereinbarungen kommen konnte.

Wolfgang Schäuble